Nervös

Von Nörglern und denen, die überall Nörgler ausmachen

Man muß nicht in Chur, St. Pölten, Köln, Recife, Lüttich oder sonstwo leben, um zu ermessen, daß es um die innerkirchlichen Kommunikationsverhältnisse derzeit nicht zum Besten bestellt ist. Man muß erst recht kein Schwarzmaler sein oder die Kirchenschelte bereits zu seiner zweiten Natur gemacht haben, um zu wissen, daß die innerkirchliche Diskussionslage gegenwärtig nicht nur in vielen Punkten extrem kontrovers ist, sondern daß Katholiken bis heute vielfach keine entsprechenden Mittel und Wege gefunden haben, damit so umzugehen, wie solche Divergenzen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wenn auch durchaus unvollkommen, aber wenigstens etwas weniger unvollkommen, als es innerkirchlich teilweise immer noch üblich ist, in der Regel ausgetragen werden.

Wenn in dieser Situation aus selbstberufenem Munde vor einigen Wochen der Vorwurf zu hören war, im deutschen Sprachraum, soweit es die katholische Publizistik betrifft, sei ein "grauer Nörgelton" zu vernehmen, so ist dies zunächst einmal keineswegs erstaunlich. Woran sich ein solcher Vorwurf konkret aufhängt und ob in diesem Fall der Nörgelvorwurf zu Recht erhoben wird oder nicht, ist dabei nicht einmal so sehr von Belang entscheidend ist er als Symptom für eine Gesamtlage. Der Vorwurf der Nörgelei ist ein Versuch, abzulenken von der tatsächlich schwierigen Gemengelage und die Ursache dafür bei denen zu suchen, die über diese schwierige Lage nachdenken, über sie berichten, sie bewerten und kommentieren. Heute trifft dieser Vorwurf Theologen, morgen Journalisten, Verlage und Buchhändler, übermorgen Laien unter den kirchlichen Hauptamtlichen. Schuldige sind leicht gefunden. Das soll entlastend wirken, und die Hoffnung darauf, daß selbst das der Sache nach Unhaltbare schon irgendwie seine gewünschte Wirkung tut, ist – so lehrt es die Erfahrung – eben nicht unbegründet.

Wer wollte andererseits auch leugnen, daß es Kirchenkritik nach Art der Nörgelei tatsächlich gibt; gerade dort, wo Kirchenkritik immer weniger von Einsichten in die kirchliche Wirklichkeit getragen wird und Züge einer im Grunde nur mehr psychologisch zu fassenden, affektbesetzten Abwehrhaltung annimmt (Kirche als "Reizphänomen"; vgl. ds. Heft, S. 406). Der Nörgler arbeitet in seiner Kritik eher seine eigenen Verletzungen, seine enttäuschten Hoffnungen ab. Ein positives Verhältnis zu der von ihm kritisierten Gemeinschaft der Glaubenden gelingt ihm nicht, dafür bildet seine affekthafte Abwehrhaltung eine viel zu hohe Barriere. Themen wie die vermeintlich große Macht der Kirche, stereotype Papstschelten oder allerlei Historisches müssen dabei immer wieder auch als Scheinargumente herhalten. Kirchlich-gemeindliche Wirklichkeit und der theologische Sachstand interessiert im Grunde nicht, eine nüchterne Einschätzung dessen, was humangeschichtliche Wirklichkeit auch auf dem Gebiet von Glaube und Religion an Ambivalentem hervorbringt, unterbleibt.

In gewisser Weise ähnelt der Nörgler in dieser Hinsicht sogar den dienstbaren Geistern, die den Nörgelei-Vorwurf ausstreuen. Diese dekretieren, daß dort, wo sie stehen, die kirchliche Mitte sei und machen sich doch nur zum eilfertigen Verteidiger des Status quo. Sie suchen die Nähe derjenigen, die zum jeweiligen Zeitpunkt am institutionell längeren Hebel sitzen, und hoffen darauf, daß man es ihnen dankt.

Anstatt nervös um die Zustimmung der Nörgler und apologetischen Helfer zu buhlen, besteht innerhalb der Kirche aller Grund zu etwas mehr Gelassenheit. Glaube und Kirche brauchen Kritik nicht zu scheuen – selbst wenn dies das dauernde Bemühen um die Korrektur von Mißverständnissen, Legendenbildungen und Einseitigkeiten einschließt. In dieser Hinsicht geht es Kirche und Christentum nicht besser und im Grunde auch nicht schlechter als vielen anderen in der modernen pluralistischen Öffentlichkeit (vgl. ds. Heft, S. 403).

Ja mehr noch: Glaube und Kirche brauchen Kritik nicht nur nicht zu scheuen, sie leben immer auch von ihr. Die Getauften und Gefirmten haben nicht nur ein Recht, sondern geradezu die Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen in dieser Kirche kritisch mitzutun und mitzudenken. Nur die offene Austragung von Kontroversen, das freie Gespräch derer, für die "Freiheit der Kinder Gottes" nicht nur eine gutgemeinte, aber realitätsferne Floskel ist, das engagierte Sich-Auseinandersetzen über das, was einem wichtig ist, nur dies hilft Glauben und kirchlicher Gemeinschaft weiter.

Sofern heutige Menschen überhaupt noch einen Zugang zum Glauben und ein direktes Verhältnis zum Leben ihrer Gemeinde, ihrer Bistumskirche und der Kirche als ganzer suchen, besteht die Gefahr nicht in einem vermeintlichen Zuviel an rational verantworteter Kritik. Größer könnte die Gefahr sein, daß in nachwachsenden Generationen auf Grund oder doch zumindest mitverursacht von den anhaltenden Zerwürfnissen, keine ausreichend intensive Beziehung zu dieser Kirche entsteht, die den einzelnen mit der nötigen Portion Frustrationstoleranz ausstattet, mit der er auch winterliche Zeiten übersteht.

Machtlos

Der Gebrauch der tridentinischen Messe soll ausgeweitet werden

Lautlos, weil wenig beachtet von den Medien, vollzieht sich bei den Traditionalisten – und zwar sowohl denjenigen, die nach den Bischofsweihen durch den inzwischen verstorbenen Marcel Lefebvre unbeirrt ins Schisma gingen, als auch denjenigen, die kurze 398 Vorgänge

Zeit danach bereits ihr Verhältnis zu Rom bereinigten - der Ausbau und die Verfestigung ihrer Strukturen. In Brasilien weihten die vier von Marcel Lefebvre 1988 unrechtmäßig geweihten Bischöfe einen Nachfolger für den wenige Wochen nach dem Gründer der Priesterbruderschaft St. Pius X. verstorbenen letzten bischöflichen Mitkämpfer für die traditionalistische Sache, Bischof Antonio de Castro Mayer. De Castro Mayer hatte sein Bischofsamt bis zur Erreichung der Altersgrenze 1981 ausgeübt und im Anschluß daran eine eigene Traditionalistengemeinschaft gegründet.

Für die romtreuen Traditionalisten markierte unterdessen die Ernennung des bisherigen Präfekten der Kleruskongregation, Kardinal Antonio Innocenti, zum neuen Leiter der Päpstlichen Kommission "Ecclesia Dei" und damit zum Nachfolger des deutschen Kurienkardinals Augustin Mayer, ein wichtiges Datum. Ob Innocenti mit mehr Erfolg als sein Vorgänger seine Mitbrüder im Bischofsamt zu mehr Entgegenkommen in dieser Sache wird motivieren können, bleibt vorerst abzuwarten.

Wer indes bis heute glaubte, darüber, daß "Ecclesia Dei" auf die dauerhafte Einrichtung einer Art traditionalistischen "Kirche in der Kirche" und die grundsätzliche Rehabilitation des sogenannten "tridentinischen", vorkonziliaren Ritus hinarbeitet und keineswegs nur die vorübergehende Schaffung eines "Auffangbeckens" für Ex-Lefebvrianer bezweckt, könnten noch irgendwelche Zweifel bestehen, der kann inzwischen - schwarz auf weiß eines besseren belehrt werden. Der US-amerikanische, katholische Dokumentationsdienst "Origins" (Ausgabe vom 18.7.91) veröffentlichte unlängst einen Brief von Kardinal Mayer an "Bischöfe verschiedener Länder" - so heißt es im redaktionellen Vorspann von "Origins" -, den die US-Bischofskonferenz am 19. April ihren Mitgliedern zuschickte.

Dieser Brief läßt im Grunde keine Ungewißheit darüber zu, wie man sich bei der Päpstlichen Kommission "Ecclesia Dei" die weitere Entwicklung auf diesem Feld vorstellt. Er ist im Kern ein

Mahnbrief Kardinal Mayers an die Adresse der Bischöfe, endlich das zu tun, wozu sie das Päpstliche Schreiben "Ecclesia Dei" vom 2. Juli 1988 verpflichtet, nämlich eine "weite und großzügige" Anwendung der Richtlinien zum Gebrauch des Römischen Meßbuchs von 1962, sprich: der "tridentinischen" Messe zu ermöglichen. 1984 war erstmals in einem Schreiben der römischen Glaubenskongregation an die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen der Gebrauch der tridentinischen Messe unter bestimmten, von den Traditionalisten als überaus restriktiv empfundenen Bedingungen erlaubt worden (vgl. HK, November 1984, 496). Das Problem ist nur seit langem - und der Subregens des Wigratzbader Seminars, Gabriel Baumann, schreibt es unumwunden im neuesten Rundbrief der Priesterbruderschaft (Ausgabe von Juli/August 1991): Die Kommission "Ecclesia Dei" ist "machtlos, wenn die Bischöfe an ihrem ,Nein' festhalten". Konkretes unternehmen kann sie nicht - sie kann nur "Empfehlungsschreiben" verschikken.

Eine solche Liste von "Empfehlungen" enthält auch der von "Origins" veröffentlichte Brief. Kardinal Mayer spricht sich darin erneut für eine weniger restriktive Handhabung der Feier des Ritus von 1962 aus: "Es besteht jetzt kein Grund dafür, warum die sogenannte tridentinische Messe nicht in einer Pfarrkirche gefeiert werden kann, in der dies ein genuines, pastorales Angebot für diejenigen sein kann, die danach verlangen." Mit anderen Worten: Die tridentinische Messe soll nicht nur in Kirchen gefeiert werden, die keine Pfarrkirchen sind, nicht nur für klar begrenzte Gruppen und auch zu den üblichen Zeiten von Sonntagsgottesdiensten. Sogar die Vermischung der beiden Riten soll möglich sein, etwa wenn das Lektionar der nach dem Konzil erneuerten Liturgie in der Volkssprache innerhalb der sonst lateinisch gehaltenen "tridentinischen" Messe verwendet wird.

Und um dem mahnenden Ton auch noch das nötige kirchenamtliche Gewicht zu verleihen, zitiert Kardinal Mayer abschließend aus der Kirchen-

konstitution "Lumen gentium" Nr. 23 eine Passage, gegen die selbstverständlich keiner der Briefadressaten an sich etwas einwenden wird, die ihn aber in diesem Kontext auf das verpflichten soll, was "Ecclesia Dei" im Auftrag des Papstes durchsetzen möchte: "... Alle Bischöfe müssen nämlich die Glaubenseinheit und die der ganzen Kirche gemeinsame Disziplin fördern und schützen."

Weichenstellung

Was wird aus der Wehrpflicht?

Soll die Bundeswehr eine Wehrpflichtarmee bleiben oder zu einer Berufsarmee werden? Soll die Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht (mitsamt dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen) in der bisherigen Form beibehalten oder wäre statt dessen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht angebracht, bei der dann zwischen dem Dienst in den Streitkräften und einem Einsatz in anderen Bereichen - von den sozialen Diensten über den Umweltschutz bis zur Entwicklungshilfe - gewählt werden könnte? Über beide Fragen wird in Politik und Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Zwar besteht derzeit kein akuter Handlungsbedarf, muß die Bundeswehr erst die organisatorisch-strukturellen Probleme ihrer Verringerung auf 370 000 Mann verkraften. Aber über die grundsätzlichen Weichenstellungen auf diesem Feld wird man sich doch in absehbarer Zeit klarwerden müssen.

Es spricht vieles dafür, daß mit der derzeit laufenden Reduzierung der Bundeswehr noch nicht das letzte Wort über die Präsenzstärke der deutschen Streitkräfte gesprochen ist. Auch wenn die Entwicklung in der Sowjetunion beträchtliche Risiken auch sicherheitspolitischer Art in sich birgt und in Südosteuropa weitere auch mit gewaltsamen Mitteln ausgetragene Nationalitätenkonflikte drohen, die aktuelle wie die zukünftig zu erwar-